

STEIFE BRISE



MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-DISTRIKTS EIMSBÜTTEL-SÜD

WINDRICHTUNG GEN SOMMER

Grußwort	1
Distriktsarbeit in Zeiten von Corona	2
Ankündigung: Diskussion zum Konjunkturpaket	3
Zoom und Slack	3
Politische Diskurse in Corona-Zeiten	4
Corona, Liberalität und Gemeinwohl: ein Lehrstück	5
Aus der Bürgerschaft	7
Mitmachen	8

IMPRESSUM

Redaktion Steife Brise:

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Telefon: 040/ 42 32 87 11

Vertrieb: per Email oder Post

Druck: REPRO LÜDKE

Aufl.: 500

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Corona-Pandemie hat uns alle kalt erwischt und das Leben in einem Ausmaß verändert, wie wir uns das alle wohl kaum vorstellen konnten. Während Senat und Verwaltung mit Hochdruck die Krisenbewältigung in Angriff genommen haben, kam das gesellschaftliche Leben weitestgehend zum Stillstand. Und auch wir als Partei haben einige Wochen gebraucht, um uns auf die neue Situation einzustellen. Inzwischen „treffen“ wir uns wieder regelmäßig in Video-Konferenzen und haben mit Slack eine Online-Plattform zum Austausch gefunden. Dazu, zu den nächsten Themen unserer Video-Treffen und zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf unser gesellschaftliches Leben findet Ihr in dieser Steifen Brise interessante Beiträge. Außerdem berichtet Vanessa, unsere neue Bürgerschaftsabgeordnete, von ihren ersten Wochen im Parlament. Viel Spaß beim Lesen! LeserInnenbriefe oder Artikel zu Themen, die Euch bewegen, sind übrigens herzlich willkommen, genauso wie Ideen und Anregungen aller Art. Einfach per Email an k.biesenbender@gmail.com oder per Post an die SPD Eimsbüttel-Süd, Helene-Lange-Straße 1, 20144 Hamburg. Wir freuen uns auf eine regen Austausch!

Kristin Biesenbender und Uwe Giffel
für den Distriktsvorstand

Distriktsarbeit in Zeiten von Corona

Was bedeutet Corona für politisches Engagement und konkret für die Arbeit im Distrikt? Wie alles andere ist auch unsere Parteiarbeit zu Beginn der Krise fast zum Erliegen gekommen – zumindest in der Form, die wir kennen. Alles das, was Politik im Distrikt normalerweise ausmacht und was Spaß macht – gemeinsame Veranstaltungen, Diskussionen und die Fortsetzung bei einem gemeinsamen Bier im Anschluss – konnte von einem Tag auf den anderen nicht mehr stattfinden.

Wir mussten uns also fragen, wie Parteileben trotzdem gelingen kann und haben ein Experiment gewagt: eine „Mitgliederversammlung“ per Videokonferenz. Was viele spätestens seit einigen Wochen von ihrem Arbeitsplatz kennen, funktionierte schon im Probedurchlauf erstaunlich gut. Die Technik erlaubt es, (in Hinblick auf den Infektionsschutz vorbildlich vom heimischen Sofa) alle endlich wieder zu sehen und sich auszutauschen – über die eigenen privaten Erfahrungen mit der Pandemie bis hin zu den politischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit ihr stellen. Vanessa konnte von ihren ersten Eindrücken als neugewählte Bürgerschafts-

abgeordnete in Zeiten von Corona berichten und auch unser Bundestagsabgeordneter Niels schaltete sich dazu und diskutierte mit uns die Perspektive der Bundesebene.

Zu unserem nächsten Video-Treffen haben wir schon einen Vortragsgast dazu geladen: Der frühere Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung und Mitglied im Parteivorstand, Prof. Gustav Horn, gab auf Einladung von Kristin einen interessanten Input zu Eurobonds und lieferte Stoff für die anschließende Diskussion. Auch dieses Format wollen wir fortführen und knüpfen wegen des großen Interesses an das Thema an: Der Göttinger Europarechtler PD Dr. Alexander Thiele wird mit uns am 9.6. über die rechtlichen Aspekte des EZB-Urteils des Bundesverfassungsgerichts diskutieren; weitere Veranstaltungen dieser Art zu zahlreichen anderen Themen sind schon in Planung und werden folgen.

Um uns „auf Abstand“ auch zwischen den Videokonferenzen austauschen zu können und um die Organisation zu erleichtern, haben wir mit Slack eine Kommunikationsplattform getestet, die die Kommunikation innerhalb

von Arbeitsgruppen vereinfacht. Slack bietet neben einer Nachrichtenfunktion die Möglichkeit, geordnet interessante Dokumente (oder einfach Urlaubsbilder) mit Mitgliedern der Gruppe zu teilen und hat sich als deutlich übersichtlicher herausgestellt als die üblichen Mails, bei denen man spätestens bei längeren Diskussionen automatisch den Überblick über sein Postfach verliert.

Was das rein Technische angeht, waren diese Experimente ein Erfolg. Aber das Positive geht darüber hinaus: Krisen (deren Bewältigung der SPD ja grundsätzlich nicht fremd ist) sind Katalysatoren für Veränderungen. Diese spezielle Krise können und werden wir weiter nutzen, um neue Formen der Parteiarbeit und der Kommunikation zu testen sowie neue Instrumente für die parteiinterne Organisation. Ziel aller Veränderungsprozesse ist dabei völlig losgelöst von Corona dasselbe wie vor der Krise: Wege zu finden, wie parteipolitisches Engagement so gestaltet werden kann, das es alle einbezieht und für alle attraktiv ist: für Jung und Alt, Eltern, die Betreuungsarbeit leisten, Berufstätige, Menschen vor Ort und solche, die viel unterwegs sind, solche, die sich aktiv einbringen wol-

len und solche, die „nur“ Teil einer Gemeinschaft sein wollen, ohne dabei derzeit eine aktive eigene Rolle zu übernehmen. Gute Distrikts- und Parteiarbeit allgemein muss sich an alle richten, jeweils angepasst an ihre jeweiligen Lebensformen und Ansprüche an die Partei. Dabei kann die Digitalisierung einen entscheidenden Beitrag leisten

und sogar große Vorteile mit sich bringen, wie unser krisenbedingtes Experiment gezeigt hat. Nur muss eins sichergestellt sein: dass diese Erweiterung unserer Möglichkeiten niemanden ausgrenzt. Technische Hürden zu beseitigen und Berührungspunkte abzubauen ist daher wesentlich, damit (digitale) Parteiarbeit gelingen kann.

Eines dürfte jedenfalls auf der Hand liegen: Das gemeinsame Bier danach und die Distriktsklausur in Hitzacker kann auch die beste Videokonferenztechnik nicht ersetzen. Das soll sie auch nicht.

Heide Wedemeyer

Ankündigung: Diskussion zum Konjunkturpaket

Letzte Woche wurde das Konjunkturpaket durch die Bundesregierung verabschiedet. Mit vielen Maßnahmen (insbesondere einer Mehrwertsteuersenkung) soll die Kaufkraft wieder angekurbelt werden. Doch finden auch ökologische Aspekte genügend Berücksichtigung? Darüber wollen wir am Dienstag, den 23.06.2020, um 19 Uhr

mit Philippa Sigl-Glöckner diskutieren. Die studierte Ökonomin arbeitete u.a. bei der Weltbank und beriet das libanesisches Finanzministerium. 2018 gründete sie mit drei Freunden die Denkfabrik ‚Dezernat Zukunft‘ mit dem Ziel, die Debatten um menschengerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik aus den akademischen Zirkeln in die breite

Gesellschaft zu tragen. Aktuell arbeitet sie als Büroleiterin für den Staatssekretär Wolfgang Schmidt im Bundesfinanzministerium. Wir freuen uns sehr darauf, Philippa am Dienstag, den 23.06.2020, um 19 Uhr bei uns im Distrikt virtuell über Zoom begrüßen zu dürfen.

Gibrail Heinschke

Zoom und Slack

Zoom

Einladungen zu unseren Mitgliederversammlungen auf Zoom werden über den Mailverteiler des Distrikts verschickt.

Slack

Über den Mailverteiler erhaltet Ihr auch einen Einladungs-Link zu Slack, der immer nur für eine begrenzte Zeit gültig ist.

Rückfragen gerne an: k.biesenbender@gmail.com

Politische Diskurse in Corona-Zeiten

Wie soll sich eine demokratische Gesellschaft in einer pandemischen Krise verhalten? Als uns die Situation in Italien vor Augen führte, wie schnell das Corona-Virus ein Gesundheitssystem im Herzen Europas in die Knie zwingen kann, griffen Bund und Landesregierungen bald rigoros durch. Wenig später waren Arbeitnehmer im Homeoffice oder in Kurzarbeit, Freundeskreise trafen sich online oder gar nicht, Vereine und Parteien hielten keine Versammlungen mehr ab, selbst Parlamente tagten nicht mehr.

Diese sozialen Räume, die man schloss, sind nicht nur Orte, an denen das Bedürfnis nach sozialer Nähe befriedigt wird. Sie sind die Orte des gemeinsamen Verstehens und Deutens in einer zunehmend komplexen und verwirrenden Welt. Es sind Orte, in denen die eigenen Gedanken auf Resonanz stoßen, geprüft und eingeordnet und zu einem stimmigen Bild zusammengesetzt werden. Besonders in unruhigen Zeiten spielt dieser Austausch darüber, was gemeinsam als wahr und richtig erachtet wird, eine ordnende Rolle. Diese Abende bei Freunden, Parteiveranstaltungen und Pausengespräche im Betrieb haben darüber hinaus die Funktion, aus vielen

Einzelansichten auf die Welt eine gemeinsame Realität herzustellen. Es wird verhandelt, welche Themen wichtig sind, welche Erzählungen und Normen Geltung haben. Die Berufspolitik, der wir die Fragen des politischen Alltags anvertrauen, ist uns als Volk mündiger Bürgerinnen und Bürger diesen Austausch und Rechenschaft schuldig. Ihre Entscheidungen werden in den vielgestaltigen Diskursräumen eingeordnet, verstanden, kritisiert und mitunter auch angestoßen. Nicht das Parlament ist in diesem Sinne der Kern der Demokratie, sondern das Versprechen an jede und jeden, sich am öffentlichen Diskurs beteiligen zu können und gehört zu werden.

Eine Pandemie von globalem Ausmaß ist ein neuartiges, schwer zu verstehendes Phänomen, das uns alle betrifft. Die Krise zwingt uns, uns mit grundsätzlichen Fragen auseinander zu setzen. Sollen ältere Menschen zu ihrem eigenen Schutz über Wochen isoliert werden? Wie viel Arbeitslosigkeit, wie viele Schulstunden, wie viele Unternehmen ist ein Leben wert? Wie wertvoll sind uns die bürgerlichen Freiheitsrechte? Wie viel Verantwortung trauen wir der und dem einzelnen zu? Wenn die Entwicklung eines Impfstoffs noch Jahre in Anspruch nimmt, kann

man Fragen wie diesen nicht dauerhaft ausweichen. Und Exekutiventscheidungen und Dekrete können in einer Gesellschaft mündiger BürgerInnen nur vorübergehende Lösungen sein. Wir brauchen Debatten im Kleinen und Großen und diese benötigen Räume, die aktuell geschlossen sind und nur zaghaft wieder geöffnet werden.

Wir müssen einen Weg finden, diese Gespräche zu ermöglichen. Twitter und Facebook leisten dies mit ihrer asynchronen und zugespitzten Kommunikation nicht. Dasselbe gilt für Zoom und Skype, die zwar synchrone Kommunikation ermöglichen; viele Aspekte des persönlichen Gesprächs wie Gestik und Mimik, bedeutungsvolle Blicke, Untertöne gehen aber verloren und eine gewisse Flüssigkeit und Verbindlichkeit der Kommunikation fehlen. Das klassische persönliche Gespräch lässt sich nicht ersetzen. Es ist in der aktuellen Lage ein besonderes Dilemma, dass das bürgerliche Gespräch selbst ein infektiologisches Risiko darstellt. Das Risiko muss eingegangen werden. Es wird einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht, die drängenden Fragen allein Medien und Politik zu überlassen. Denn sie betreffen uns alle.

Kai Grimm

Corona, Liberalität und Gemeinwohl: Ein Lehrstück

„Das Wohl der Staaten und der Menschheit ist bei der Verantwortung dieser Frage im Spiel. ... soll durch die Fortdauer der Sperren Handel und Gewerbe völlig zu Grunde gehen und alles verarmen? Sollen die arbeitenden Klassen ganz erwerbslos und zur Verzweiflung getrieben, sollen die Flammen des Aufstandes ... herübergeweht werden?“

Die Cholera. Zur Beruhigung Aller, die sie fürchten (1831); zit. in Evans (1990), S. 318

Die Corona-Pandemie hat Alltag, Politik und Gesellschaft massiv verändert. Wie schon 1892 die Cholera-Epidemie in Hamburg macht sie das Funktionieren von Staat und Gesellschaft ebenso sichtbar wie "die Strukturen der gesellschaftlichen Ungleichheit, die Vielzahl von Werthaltungen und Ansichten, ... die materiellen Konturen des täglichen Lebens, die öffentlich vertretenen Ideologien und die nicht ausdrücklich erklärten Ziele politischer Organisationen" (Evans, 1990, 12). Insofern ist es lehrreich, die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Diskussion um Liberalität und Gemeinwohl zu betrachten.

Um Gesundheits- und Wirtschaftsinteressen zu vereinbaren, schlägt der liberale, die Politik

beratende Philosoph Julian Nida-Rümelin vor: „Autonomie, Autonomie, Autonomie – und zwar aller ...!“ (SZ, 23./24.05.2020) Es sei in einer freiheitlichen Gesellschaft eine Entscheidung jeder einzelnen Person, wie viel Risiko sie für sich übernehmen will. Weil Nida-Rümelin sich nur für die Moralität an sich interessiert, kümmern ihn die Folgen des Handelns nicht.

Betrachten wir die Folgen einer solchen Position: So wird z.B. die Freiheit einer organtransplantierten Person durch die Entscheidung Einzelner, das Ansteckungsrisiko auf sich zu nehmen, massiv beschränkt, sie kann dann nur noch unter Lebensgefahr das Haus verlassen. Wer nur das eigene Risiko im Auge hat, gefährdet aber nicht nur Schwache, sondern die Gesellschaft als ganzes. Autonome Entscheidungen, die dem Einzelnen vernünftig erscheinen, können unbeabsichtigt schädliche Nebenwirkungen für alle haben. Dies ist als „Kollektivgutproblem“ bekannt: Handlungen Einzelner haben kostspielige oder nützliche Folgen, die über die Nutzenbilanz der Einzelnen hinausgehen. So ist es für das Individuum durchaus vorteilhaft, das geringe Risiko einer Impfung zu vermeiden, wenn sich die Mehrheit impfen lässt. „Vernünftige“

Entscheidungen Einzelner können also kollektiv schädliche Folgen für alle haben.

Wir brauchen also politische Entscheidungen, die die Bedingungen des Handelns so setzen (oder auch einschränken), dass soziales Verhalten für autonom sich entscheidende Individuen vorteilhafter ist. Das müsste auch jenen Moralphilosophen einleuchten, die allen Menschen die gleiche Freiheit auch unvernünftigen Verhaltens zugestehen wollen. Wenn zur Humanität das Recht aller Menschen auf selbstbestimmtes Handeln gehört, brauchen politisch verantwortete Einschränkungen Legitimation. Deshalb müssen sie faktenbasiert und die Entscheidungsträger demokratisch legitimiert sein.

Es ist also kein Zufall, dass Wissenschaft für die Entscheidung des Lockdowns und seiner sukzessiven Aufhebung so wichtig war. Wissenschaftlichkeit bedeutet ganz wesentlich, dass die Erkenntnisse frei von Werturteilen und Partikularinteressen erzielt und beurteilt werden. Daher ist es skandalös, dass die Publikation der Heinsberg-Studie von der PR-Agentur Storymachine schon vor dem Vorliegen der Ergebnisse mit dem Ziel vorbereitet wurde, im Interesse der Wirtschaft eine wissenschaftliche

Begründung für die Aufhebung der Corona-Einschränkungen zu finden („Corona-Studie: der Plan hinter dem ‚Heinsberg-Protokoll‘“, Capital, 17.04.2020). Schon bei der Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg war der Wissenschaftsstreit um die Ursachen von Cholera von dem Ziel überlagert, Handelsbeschränkungen durch Quarantäne zu vermeiden. Der Hamburger Medizinalrat Kraus verlangte deshalb, trotz der Krankheitsfälle keine „echte“ Cholera zu diagnostizieren (Evans, 1990, 356), was zur hohen Todesrate in Hamburg beitrug.

Freiheitsbeschränkungen müssen demokratisch legitimiert und kontrolliert sein. Da speziell in der Corona-Pandemie Politik in Unsicherheit entscheiden muss, benötigt sie Vertrauensvorsprung, den sie nur bekommt, wenn die Begründung politischen Handelns sowie die Unsicherheit über Faktenlage und Folgen transparent kommuniziert werden. Anders ist das gerade bei Unsicherheit so nötige Vertrauen in staatliche Institutionen nicht herstellbar oder aufrecht zu erhalten – offene Kommunikation schafft und benötigt Vertrauen.

Dass handlungsfähige Institutionen nötig sind, um die Corona-Pandemie zu bewältigen, ist offenkundig geworden. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens konnten nur deshalb wirksam die Infektionsraten

senken und einen Kollaps des Gesundheitssystems verhindern, weil die Krisenkommunikation weitgehend gelungen ist und die Maßnahmen von den meisten verstanden wurden. Der Vertrauenszuwachs unserer staatlichen Institutionen ist eine positive Nebenwirkung der Corona-Pandemie.

Da ein exponentielles Wachstum der Infektionsraten gegenwärtig eingedämmt ist, wird jedoch der Sinn der Einschränkungen zunehmend in Frage gestellt: Das individuelle Infektionsrisiko ist ja auch tatsächlich gering, die Wirksamkeit von Aufwand und Verzicht ist nicht unmittelbar erfahrbar. Wir beobachten das Präventionsparadox, dass gerade der Erfolg die Anstrengungen überflüssig erscheinen lässt. Angesichts der großen Belastungen (materielle Verluste, Existenznöte, Stress und Einsamkeit) ist es viel verlangt, weiterhin kostspielige Einschränkungen zu akzeptieren und nicht unmittelbar wirksam erscheinende Verhaltensnormen einzuhalten.

Die Gefährdung durch das Corona-Virus ist aber noch so aktuell wie zu Beginn der Pandemie und eine 2. Welle wird noch lange drohen. Belastende Vorsichtsmaßnahmen wie der Verzicht auf Großveranstaltungen werden uns weiter begleiten müssen. Die Abwägung, ob weitere Lockerungen wie z.B. eine vollständige Öffnung der Schulen möglich sind, muss faktenbasiert bleiben – angesichts

des Problemdrucks dürfen wir nicht versucht sein, Fakten selektiv wahrzunehmen und schön zu reden: Auch die Unsicherheit bleibt.

Weil Infektionen nun überall auftreten können, müssen sie schnell erkannt und Infektionsketten präzise rekonstruiert werden. Hierfür ist die Corona-App ein wichtiges Werkzeug. Die Entscheidung für eine dezentrale App ist eine kluge, auf selbstbestimmtes Handeln setzende Politik, die den Rahmen für autonom handelnde Individuen so setzt, dass ihre Entscheidungen das Gemeinwohl nicht gefährden. Daher muss die Notwendigkeit einer solchen App gut begründet und massiv beworben werden – gerade weil es jetzt scheint, als hätten wir die Corona-Pandemie bereits bewältigt. Auch hier werden Stimmen laut werden, die die App als überschießenden Kontrollversuch staatlicher Institutionen kritisieren. Ihre Installation (wie auch die Befolgung von Regeln zur Verhinderung weiterer Infektionen) als Unterwerfung unter staatlichen Zwang zu kritisieren, ist aber eine Diffamierung sozial verantwortlich Handelnder und untergräbt die Möglichkeit, zur Gewährleistung des Gemeinwohls auf Eigenverantwortung setzen zu können.

Dirk Enzmann

Evans, R. J. (1990). Tod in Hamburg: Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910. Rowohlt.

Aus der Bürgerschaft

Liebe Genossinnen und Genossen aus Eimsbüttel-Süd, ich möchte euch in dieser Ausgabe der Steifen Brise gerne von meiner Arbeit in der Bürgerschaft berichten. Als „EURE“ Abgeordneten möchte ich euch gerne regelmäßig auf dem Laufenden halten.

Bürgerschaft im Lockdown

Nach dem 24. Februar sind wir ja fast nahtlos vom Wahlkampf in den Lockdown übergegangen. So war auch die konstituierende Sitzung am 18. März ein merkwürdiges Ereignis, da wir nur in halber Besetzung tagen konnten, um genügend Abstand zu haben.

Die Arbeit findet seither meistens am Laptop und am Telefon statt. Auch die regelmäßige Bürgersprechstunde findet digital statt. Die eigentliche Ausschussarbeit ist noch nicht angelaufen, da die Koalitionsverhandlungen noch laufen. Es wurde aber zu Beginn ein Corona-Ausschuss eingesetzt, der sich mit den unterschiedlichen, an die Ausschüsse angelehnten Themenschwerpunkten alle zwei Wochen zusammenfindet. Die Teilnahme wechselt je nach politischen Schwerpunkten zwischen den Abgeordneten. Zu den Themen Schule und Familien habe ich beispielsweise an der Ausschusssitzung teil-

genommen.

Unsere Stadt, aber natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger stehen angesichts dieser noch nie dagewesenen Ausnahmesituation vor großen Herausforderungen.

Familien & Homeoffice

Ich möchte hier einmal besonders die Familien und Kinder hervorheben, die in den letzten Monaten nicht selten an ihren Grenzen angelangt waren. Keine Freunde, keine Kita, keine Schule, keine Spielplätze. Nebenher aber weiter von zu Hause arbeiten und die Kinder angemessen betreuen, beschulen und beschäftigen. Hier muss sich politisch noch weiter herumsprechen, dass Homeoffice keine Kinderbetreuung ist. Familien und Kinder müssen hier noch viel stärker in den Focus genommen werden. Hamburg hat hier im bundesweiten Vergleich viele Dinge richtig gemacht. Die Kitas in Hamburg waren im Notbetrieb und die Schulen haben auch zu jeder Zeit eine Betreuung angeboten. Und zwar für alle, die sie in Anspruch nehmen wollten.

Corona Soforthilfe

Hier hat Hamburg ebenfalls schnell reagiert, um möglichst vielen von der Krise betroffenen Unternehmerinnen und

Unternehmern schnell finanzielle Hilfe anbieten zu können. Auch in den nächsten Monaten wird uns die Corona-Krise noch begleiten. Politisch, wirtschaftlich und sozial. In den gerade abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen spielen die vor uns liegenden Anstrengungen natürlich auch eine große Rolle. Wir als SPD sehen es als unsere Aufgabe, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu festigen und durch viele Maßnahmen sicher zu stellen, dass wir dabei die ganze Stadt im Blick haben. Wenn zum Jahresende der neue Haushalt in der Bürgerschaft verhandelt wird, brauchen wir einen Überblick über die Finanzen der Stadt. Und wir müssen gleichzeitig im Auge behalten, dass es wichtige Vorhaben gibt, die dennoch umgesetzt werden müssen. Ich werde meinen Teil zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe beitragen.

Ausblick

Am 6. Juni sind die Landesdelegierten dazu aufgerufen, über den nun vorliegenden Koalitionsvertrag abzustimmen. Der Vertrag trägt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift, was ich sehr begrüße. Auch der Vorschlag unseres Bürgermeisters Peter Tschentscher zur Besetzung des Senats steht zur Abstimmung. Hierzu haben mich auch zahlreiche Anrufe und Mails erreicht,

weil der Vorschlag der SPD-SenatorInnen nicht quotiert ist. Ich verstehe den Unmut und ich teile ihn. Auch ich hätte mir gewünscht, dass es im Jahr 2020 möglich ist, einen quotierten Vorschlag zu unterbreiten. Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Forderung danach nicht gleichgesetzt wird mit Kritik an der Arbeit von männlichen Senatoren. Aus Gesprächen mit Politikerinnen weiß ich aber auch, dass es oftmals gute, meist familiäre Gründe geben kann, sich nicht um solch einen Posten zu bemühen. Auch das sollte jeder und jede respektieren. Auf der Ebene der StaatsrätInnen gab es hingegen in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Peter Tschentscher hat zugesichert den nächsten auscheidenden Senator selbstverständlich mit einer Senatorin zu ersetzen. Und an dieser Stelle sollten wir als Partei durchaus „am Ball“ bleiben. Das darf natürlich nicht erst in vier Jahren passieren. Hier sind jetzt alle AkteurInnen in der Pflicht, eine gute und faire Lösung zu finden. Ich bin aber überzeugt davon, dass das gelingt.

Mit der Unterstützung der Landesdelegierten können wir nächste Woche, am 10. Juni, Peter Tschentscher in der Bürgerschaft erneut zu unserem Ersten Bürgermeister wählen. Und dafür haben wir alle zusammen Wahlkampf gemacht!

Zum Schluss...

... möchte ich euch noch mitteilen, dass meine Arbeit seit Juni von meiner Mitarbeiterin unterstützt wird. Ich freue mich sehr, dass ich mit unserem Distriktsmitglied Miriam Khalil eine engagierte junge Frau für mein Büro gewinnen konnte.

Wenn ihr Anregungen oder Fragen habt, dann meldet euch sehr gerne bei mir im Büro. Bis dahin wünsche ich euch alles Gute und vor allen Dingen Gesundheit.

Eure Vanessa
buero@vanessamohnke.de

MITMACHEN

TERMINE

Mitgliederversammlung
Das EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts
mit Alexander Thiele
Dienstag, 09.06.2020, 19 Uhr
Zoom-Meeting

Mitgliederversammlung
Konjunkturpaket der Bundesregierung
mit Philippa Sigl-Glöckner
Dienstag, 23.06.2020, 19 Uhr
Zoom-Meeting

KONTAKT

Website
<https://eimsbuettel-sued.spd-hamburg.de>

Slack
[esued.slack.com](https://eimed.slack.com)

Facebook
facebook.com/spdesued

E-Mail
k.biesenbender@gmail.com

BANKVERBINDUNG

SPD Eimsbüttel-Süd
Hamburger Volksbank eG

IBAN
DE63 2019 0003 0088 4551 06
BIC
GENODEF1HH2

Verwendungszweck
Spende

Hinweis: Zoom-Meetings und Zugang zu Slack auf Einladung per Mail über den Distriktsverteiler oder direkt auf Anfrage per Mail an: k.biesenbender@gmail.com